

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke

Grußwort

Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei NRW
2. April 2014, 13 Uhr, Westfalenhallen Dortmund

Sehr verehrter Herr Landesvorsitzender Plickert,
Herr Minister Ralf Jäger,
verehrte Polizistinnen und Polizisten in der GdP!

I.

„Ein Staat, der sich nicht durch Gerechtigkeit definiert, ist nichts anderes als eine Räuberbande.“

Mit diesem Zitat des emeritierten Papstes Benedikt XVI. überbringe ich Ihnen als Landtagspräsidentin gerne die Grüße und guten Wünsche des Landtags Nordrhein-Westfalen zu Ihrem Landesdelegiertentag.

Verehrter Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und empfinde es als Ehre, vor den in der GdP organisierten Polizistinnen und Polizisten sprechen zu dürfen.

Gleichzeitig ist mir auch die besondere Verantwortung bewusst, die damit verbunden ist.

Lieber Adi, da wir uns lange und gut kennen, weiß ich, dass ich jetzt nicht Gefahr laufe, missverstanden oder kritisch beäugt zu werden, wenn ich sage, dass ich die GdP als kämpferische Arbeitnehmervertretung schätze. Eine Vertretung, die kein Blatt vor den Mund nimmt, wenn es um die Interessen der Polizistinnen und Polizisten geht. Das ist, lieber Adi, auch die Aufgabe der GdP. Das kann, das darf gar nicht anders sein. Dort wo Klartext gesprochen werden muss, muss eben Klartext gesprochen werden. Und genau das tut die GdP.

Das heißt aber auf der anderen Seite: da die GdP so ist, wie sie ist, ist sie für uns Politikerinnen und Politiker nicht immer bequem. Auch das gestehe ich gerne zu.

Aber, wären bequeme GdP'ler wirklich gute und engagierte Interessenvertreter? Wohl eher nicht. Und deshalb ist es gut, wie es ist.

Und für die Politik sollte es allemal besser sein, sich an kritischen Partnern zu reiben, als sich wattegepolstert zu begegnen, und es bei Höflichkeiten zu belassen, ohne die Probleme zu lösen.

Aber, und ich sage auch das ganz offen, es gibt Situationen, in denen das eigentlich stets kritische und gleichzeitig konstruktive

Gesprächsklima zwischen der Politik und der GdP sehr belastet wurde. Wir alle wissen, dass ich dabei die heftigen Auseinandersetzungen im letzten Jahr zur differenzierten Besoldungsanpassung im Blick habe.

Es ging bei der Entscheidung eine Besoldungsanpassung je nach Höhe der Eingruppierung ganz, teilweise oder gar nicht vorzunehmen, natürlich um Geld. Das ist wichtig.

Es ging in der Wahrnehmung der Betroffenen aber auch um Wertschätzung, beziehungsweise den wahrgenommenen Mangel an Wertschätzung. Dies erklärt wahrscheinlich die Heftigkeit der damaligen Auseinandersetzung. Das hat Sie umgetrieben.

Das ist aber auch den Abgeordneten, die mit der Wut und der Enttäuschung der Betroffenen konfrontiert waren, an die Nieren gegangen. Ja, das auszuhalten, das ging bis an die Schmerzgrenze.

Es ist jedenfalls viel Porzellan zerschlagen worden, was jetzt mühsam wieder zusammengesetzt und geklebt werden muss.

Tatsache ist doch: Zu einer gut ausgebildeten und handlungsfähigen Polizei gibt es keine Alternative!

Dass das Geld kostet, steht außer Zweifel. Da wir das aber nicht drucken können, müssen wir, um haushaltsmäßig die Füße fest auf

dem Boden zu behalten, Lösungen suchen, wie wir den Spagat hinbekommen:

zwischen der Gewährleistung der Sicherheit bei einer zumutbaren Arbeitsbelastung der Polizistinnen und Polizisten einerseits, und andererseits mit einer Finanzierung, die wir tragen können, ohne nächste Generationen über Gebühr zu belasten.

Ich will die Debatte um die Qualität der Auseinandersetzungen heute nicht fortführen. Obwohl der Delegiertentag vielleicht sogar der richtige Ort dafür wäre. Das Grußwort der Landtagspräsidentin, die den ganzen Landtag repräsentiert, aber mit Sicherheit nicht.

Ich stelle daher mit großer Dankbarkeit fest, allein die Tatsache, dass Sie mir heute das Rederecht einräumen, zeigt, dass wir auf dem Weg sind, wieder zusammenzukommen und neues altes Vertrauen aufzubauen. Darum bitte ich Sie - und dafür danke ich Ihnen.

II.

Ich will einen kurzen Moment bei der anfangs zitierten Gerechtigkeit bleiben, dessen Gewährleistung der ehemalige Papst dem Staat als Grundaufgabe mit auf den Weg gibt, denn ansonsten sei er „**nichts anderes als eine Räuberbande**“:

Gerechtigkeit, dazu gehört bei umfassender Sichtweise von Gerechtigkeit für mich auch die vom Staat zu gewährende Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

Öffentliche Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen, vor allem der Menschen, die auf die Gewährung dieser Sicherheit angewiesen sind, weil sie sich eben keine privaten Sicherheitsdienste leisten können. Und das ist nach wie vor der ganz überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Die ganz große Mehrheit!

Öffentliche Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen und Bürger sind ein hohes Gut. Und diese Sicherheit zu gewährleisten, ist Aufgabe des Staates. Kluge Staatsrechtler sehen in ihr sogar die eigentliche Rechtfertigung für die Existenz des Staates überhaupt.

Übrigens: Über 90 Prozent der Menschen in unserem Land – so eine umfangreiche Grundlagenstudie vom Institut für Demoskopie in Allensbach zum Freiheitsverständnis der Deutschen – sehen es als ihr Grundbedürfnis, in Sicherheit zu leben. Dieses Grundbedürfnis zu garantieren, dazu steht der Staat in der Pflicht.

III.

Die Abwehr von Gefahren, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger, die Sicherung ihrer Rechte, das alles sind wichtige Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Und erst durch die Polizei hält der Staat die eigene Fähigkeit sowohl zum Schutz als auch zur Durchsetzung der Rechtsordnung aufrecht. Mehr noch, er macht sie durch die Polizei sogar deutlich sichtbar.

Erforderlich dazu ist eine gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei, die über modernste Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten verfügt. Dafür hat die Politik die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. (Ich weiß durchaus, dass wir dort zu langsam vorankommen.)

Aber etwas Entscheidendes muss noch hinzukommen: Die Politik muss die Polizei den entsprechenden Rückhalt spüren lassen. Dazu gehören neben Worten auch Gesten, bis hin zu eindeutigen Handlungen der Anerkennung. Ich will darauf gleich noch einmal zurückkommen.

IV.

Uns muss ebenso bewusst sein:

Öffentliche und Innere Sicherheit kann nicht allein von der Polizei gewährleistet werden. Die Polizei kann die Folgen, aber nicht die Ursachen von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen bekämpfen:

Arbeitslosigkeit, mangelnde Integration von Migranten, Ausgrenzung von Minderheiten, das sind Konfliktfelder, die die

Stabilität unserer Gesellschaft gefährden und die Kriminalität begünstigen können.

Die Auswirkungen bekommt zwar zuallererst die Polizei zu spüren. Doch auch hier ist die Politik am Zuge. Aber auch alle Bürgerinnen und Bürgern sind im täglichen Zusammenleben gefordert.

V.

Unsere Polizei genießt zu Recht hohes Ansehen bei den Bürgerinnen und Bürgern in NRW, weil die Polizistinnen und Polizisten ihre Sorgen und Ängste kennen. Polizeiliches Handeln ist für die Bevölkerung eine professionelle Dienstleistung mit menschlichem Gesicht.

Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben daher mit der Entscheidung für ihren Beruf eine hoch bewertete Aufgabe übernommen. Aber auch einen Beruf, der ihnen - mit immer weiter steigenden Anforderungen - enorme Belastungen, sowie ein hohes Maß an Verantwortung und sozialer Kompetenz abverlangt.

Stets im Fokus der Öffentlichkeit wird das Handeln und Tun der Beamtinnen und Beamten beobachtet, analysiert und kommentiert. Sie alle geben täglich ihr Bestes. Das sage ich nicht nur hier vor Ihnen, das sage ich auch vor jugendlichen Fußballfans oder kritischen Journalisten.

Doch wirklich bestürzt lese ich dann Schlagzeilen wie:

„Alle 90 Minuten Angriff auf Polizist“ oder **„die attackierte Polizei“** oder **„Polizei wehrt sich gegen Übergriffe“**.

Wie passt das hohe Ansehen damit zusammen?

Als ich Kind war, war völlig klar, die Polizei, das ist dein Freund und Helfer. Dagegen steht das, was ich heute viel zu häufig beobachte und höre. Es ist für mich unverständlich und als Großmutter von fünf Enkelkindern nicht zu ertragen, dass viel zu viele Menschen die Polizei fast schon selbstverständlich als „die Bullen“ bezeichnen. Wie konnte das eigentlich geschehen? Was haben wir eigentlich falsch gemacht? Und die Frage, die wir als Politik uns stellen müssen, lautet: was können, nein was müssen wir dagegen tun?

„Alle 90 Minuten Angriff auf Polizist“

Die erschütternde Tatsache lautet: Im Jahr 2012 hat es rund 6.000 erfasste Angriffe auf Polizeibeamte im Dienst gegeben. Dazu gehören tätliche Angriffe mit körperlichen Verletzungen. Aber noch viel stärker sind es alltägliche Provokationen, Bedrängen und Beschimpfungen. Auch sie hinterlassen ihre Spuren seelischer Art, zumal sie oftmals gar nicht verfolgt werden.

Sie alle hier im Saal werden mehr oder weniger Ihre Erfahrungen damit gemacht haben, vor allem die Polizistinnen und Polizisten im

Einsatz vor Ort, bei der Bereitschaftspolizei oder im Wach- und Wechseldienst.

Auch wenn das Problem längst erkannt ist und unter anderem durch Anpassung der Aus- und Fortbildung, der Überprüfung und Fortentwicklung der Einsatztaktik und Verbesserung der Ausstattung gegengearbeitet wird:

Hier besteht noch eindeutig Handlungsbedarf, auch in Form von Solidaritätsbekundungen.

Und warum auch nicht durch Übernahme von Patenschaften?

Wir müssen viel offensiver als bisher deutlich machen:

Halt! Stopp!

Wir dulden keine Ausfälle gegenüber Polizistinnen und Polizisten!

Wir ächten solches Verhalten!

Und wer sich so verhält, der steht außerhalb unserer Gesellschaft!

VI.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend zumindest im Ansatz andeuten, was hinsichtlich unserer nordrhein-westfälischen Polizei politisch auf der Agenda steht:

Insgesamt muss die Weiterentwicklung der Polizei in NRW eine zentrale Rolle in der Landespolitik einnehmen. Die demographische Entwicklung zwingt uns förmlich dazu.

Es ist Tatsache, dass in den kommenden Jahren eine beachtliche Zahl von Polizistinnen und Polizisten nicht mehr zu Verfügung steht, weil sie aus dem aktiven Dienst ausscheidet. Darauf muss jetzt reagiert werden.

Deshalb sind im Personalhaushalt für 2014 gegenüber dem Vorjahr 93 Millionen Euro mehr veranschlagt worden, damit 1.500 Einstellungen realisiert werden können.

Dieser Weg muss dringend fortgesetzt werden, damit die Leistungsfähigkeit der Polizei, sowie die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft gewährleistet werden können.

Zur Weiterentwicklung gehören auch, die Aufstiegschancen zu verbessern, die Organisation der Polizei den neuen Herausforderungen anzupassen und die Fort- und Weiterbildung auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen.

Und ein Letztes: Auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sollte ihrem Namen wieder Rechnung tragen. Das werden wir angehen. Das sage ich Ihnen gerne zu!

VII.

Heute liegt mir daran, der GdP-NRW - trotz unterschiedlicher Sichtweisen in einigen zentralen Fragen - für die doch kooperative Zusammenarbeit mit dem Landesparlament herzlich zu danken.

Mein Dank gilt einer Jeden und einem Jeden von Ihnen als Polizistin und Polizist. Ich bin mir wohl bewusst, was wir Ihnen unter den gegebenen Rahmenbedingungen zumuten.

Und gerade deshalb: Danke für Ihren Einsatz, der oft nicht ausreichend wertgeschätzt wird. Danke für Ihren Einsatz, der viel von Ihnen fordert, und für unsere Gesellschaft unverzichtbar ist.

Denn, ausgedrückt mit Wilhelm von Humboldt:

„Ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“

Ich wünsche dem Landesdelegiertentag der GdP in NRW gute Beratungsergebnisse, einen erfolgreichen Verlauf, und nicht zuletzt ein harmonisches Miteinander, vor allem auch nach dem Ende der Tagesordnung am Abend.

Von Herzen Glückauf!